



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/92

6. August 1949

Adenauer und Berlin

Zur Frage der deutschen Hauptstadt

W.B. Der Streit um den Sitz des Bundesparlaments ist noch nicht endgültig entschieden. Aber - Frankfurt oder Bonn - es kann sich im einen wie im anderen Fall nur um ein Provisorium handeln. Denn die Hauptstadt der Deutschen Republik heisst Berlin.

Wer Berlin als Hauptstadt abschreibt, schwächt den Kampf um die Wiedergewinnung der Ostzone und um die Herstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage der Freiheit. Zu den staatspolitischen Erwägungen kommen die moralischen Impulse, die vom Berliner Freiheitskampf ausgegangen sind.

Die Haltung der Sozialdemokratie zur Frage Berlin ist klar. In ihrem Wahlprogramm wird gefordert, dass Berlin so bald wie möglich gleichberechtigter Teil der Bundesrepublik werde. Darin sieht sie den nächsten Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit. Ihm müssen sechs andere folgen, nämlich: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg und eine vernünftige Grenzziehung im Osten. Berlin aber wird die Hauptstadt der freien deutschen Republik sein. Das ist der unmissverständliche Standpunkt der SPD.

Wo steht die CDU in dieser nationalpolitisch so wichtigen Frage?

1. Im Dezember 1946 äusserte Dr. Adenauer: "In der Gegend des Mains, dort, wo die Fenster Deutschlands auch nach dem Westen hin weit geöffnet sind, sollte die neue Hauptstadt liegen". Damals ereiferte sich Adenauer für Frankfurt, nicht für Bonn.

2. Adenauer sagte weiter: "Sobald Berlin wieder Hauptstadt wird, wird das Misstrauen im Ausland unauslöschbar werden. Wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preussen". Inzwischen hat sich gezeigt, dass von Berlin aus das Misstrauen gegenüber Deutschland nicht verstärkt, sondern zu einem nicht unbeträchtlichen Teil abgebaut worden ist.

3. Der Kosmos-PresseDienst veröffentlichte im Juni 1947 eine Unterredung der "Gazette de Lausanne" mit Adenauer. Dieser erklärte (zitiert nach "Telegraf" vom 15.6.47): "...in Berlin fühle ich mich wie in einer heidnischen Stadt".

4.) Am 24. November 1948 kam Adenauer nach Berlin, um eine Wahlrede

zu halten. Jakob Kaiser hob bei dieser Gelegenheit hervor, "es sei kein Geheimnis, dass Dr. Adenauer Berlin lange mit Reserve gegenüber gestanden habe" ("Telegraf" vom 25.11.48).

5. Damals fand in Berlin eine Pressekonferenz statt; auf der Adenauer gefragt wurde, ob er sich für Berlin als künftige Hauptstadt einsetze. "Im Hinblick auf die ungeklärten politischen Spannungen" blieb er die Antwort schuldig, wie der "Telegraf" am 25.11.48 berichtete. Im "Tagespiegel" hiess es, er könne darauf "angesichts der aussenpolitischen Lage" nicht antworten.

6. Im Dezember 1948 unternahm Adenauer einen Versuch, "entgegen dem eindeutig gefassten Beschluss des Parlamentarischen Rates zumindest indirekt eine Entscheidung der Militärgouverneure zur Ablehnung einer Beteiligung Berlins an der zukünftigen Gestaltung der neuen Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen". ("Neuer Vorwärts" vom 1.1.49). Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr wies auf die Furcht der CDU/CSU hin, "durch Hinzuziehung von Berliner Vertretern in ihrer Einflussnahme auf die Gestaltung der zukünftigen deutschen Bundesregierung erheblich geschwächt zu werden, da die Berliner Vertreter in der Mehrheit der SPD angehören". Oberbürgermeister Reuter sah sich veranlasst, an Adenauer in dessen Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rates einen Brief zu richten, in dem er darum bat, "über Fragen, die Berlin betreffen, keine Erörterungen mit alliierten Stellen zu führen, ohne vorherige Beratung mit den Mitgliedern der Berliner Delegation" ("Die Welt" vom 21.12.48).

7. Im Juni dieses Jahres, nachdem von alliierter Seite entschieden worden war, dass Berlin nur eine kleinere Zahl von Vertretern mit beratender Stimme in den Bundestag entsenden dürfte, erklärte Adenauer der Presse gegenüber, Wahlen in Berlin seien "Unsinn". Der CDU war offenbar daran gelegen, die sozialdemokratischen Stimmen in Berlin am Abend des 14. August nicht mit in Erscheinung treten zu lassen.

Aus dieser Dokumentation ergibt sich für die Wähler die Frage, ob sie sich mit dem Gruppen- und Parteiegoismus der CDU-Führung abfinden wollen, dem von sozialdemokratischer Seite die Alternative einer eindeutigen und kompromisslosen Stellungnahme für Berlin entgegengestellt worden ist.

.....

Die soziale Marktwirtschaft

Von Rudolf A. Pass

Mit der "schwersten Stunde der deutschen Geschichte" fing sie an und mit "in Selbstaufopferung das Letzte gegeben" hörte die Rede auf, die Professor Erhard bei einem Presseempfang der CDU kürzlich in Düsseldorf gehalten hat. Die Rede an sich schon war ein aussichtsloser Kampf gegen die Logik der deutschen Sprache: "Die Gesundung unserer Wirtschaft setzte die Rückgewinnung eines organischen Gleichgewichts voraus" und "wenn heute die SPD mit penetranter Aufdringlichkeit

bemüht ist." Der Begriff des Gleichgewichts verträgt gar kein Beiwort. Was wäre beispielsweise ein unorganisches Gleichgewicht? Und was ist eine durchdringende (penetrante) Aufdringlichkeit?

Mit dem Wort "organisch" ist auch der Autor der "Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik etc." der CDU verraten. In diesen Leitsätzen wird dieses Wort bis zum Überdruß wiederholt. In den "Leitsätzen" wird u.a. die "soziale Marktwirtschaft" wie folgt umschrieben (um eine Definition kann es sich nicht handeln):

Die "soziale Marktwirtschaft" verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz. Die "soziale Marktwirtschaft" bejaht jedoch die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik. Diese Wirtschaftspolitik führt in sinnvoller Kombination von Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderen Massnahmen dazu, dass die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient.

Hier scheidet der Verdacht der Unwissenheit aus. Trotz aller Verschwommenheit der Sprache wird die Absicht deutlich: Verzicht auf "Planung und Lenkung", aber Bejahung der "planvollen Beeinflussung". Der Rest ist Sache der dialektischen Auslegung und es bedurfte kaum der nachfolgenden Sätze, um deutlich werden zu lassen, welchen Interessen die "planvolle Beeinflussung" dienen soll: Diese Bedarfsdeckung hat selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teiles der Bevölkerung zu umfassen. Die Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.

Der Letztzitierte Satz erinnert an die Wehrmachtberichte der Goebbelspresse; er ist eine "erfolgreiche strategische Absetzung zu operativen Zwecken" vom Ahlener Programm der CDU, das aus Gründen des Opportunismus etwas zu sozial oder gar pseudo-sozialistisch geraten war.

"Die SPD", so sagte Professor Erhard in Düsseldorf, "ist mit penetranter Aufdringlichkeit bemüht, sich von dem Verdacht der Verteidigung der Zwangswirtschaft zu befreien". Nun soll aber die von der Sozialdemokratie befürwortete Wirtschaftsplanung aus nichts anderem bestehen als aus einer "sinnvollen Kombination von Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik". Wer das nicht glaubt, der lese es in den Veröffentlichungen der SPD nach. Allerdings will die Sozialdemokratie auf die ominösen "anderen Massnahmen" verzichten. Worauf die SPD nicht verzichten will, das ist die Preispolitik, die bei Professor Erhard und der CDU offensichtlich durch "andere Massnahmen" ersetzt wird, nämlich durch die volle Gelegenheit zu Marktreden, Lagerhortung und Preiswucher, wie die Praxis gezeigt hat.

Die augenblicklichen Schwierigkeiten Englands zitierte Prof.

als Beweis für das Fehlerhafte jeder Wirtschaftsplanung. Da er seine Theorie von der englischen "klassischen" Wirtschaftstheorie bezieht, die im Anfang des 19. Jahrhunderts entstand, bemüht er sich nicht um wirtschaftstheoretische Erkenntnisse und es geht ihm jedes Verständnis dafür ab, dass jede Wirtschaftspolitik unter dem Einfluss einer bestimmten historisch-soziologischen Umgebung steht und mit deren Wechsel veränderlich ist. Für Erhard gelten die im England der vom Pfund Sterling regierten multilateralen Weltwirtschaft gewonnenen Prinzipien als unabänderlich auch in der vom Dollarmangel beherrschten bilateralen Weltwirtschaft. Auf diese Weise kommt derselbe Mann, der die CDU/CSU und damit die Gewissensbindung, weil die Konfessionsschule, vertritt, zu der Behauptung, dass die SPD "die menschliche Gewissens- und Entscheidungsfreiheit systematisch unter diktatorischer Zwangsbe- wirtschaftung hält". Das ist wieder eine gänzlich unprofessorale Un- bildung! ist das "unorganische Gleichgewicht" eine contradictio in adjecto (Widerspruch im Beiwort), so ist die "diktatorische Zwangsbe- wirtschaftung" ein perfekter Pleonasmus (Verdoppelung des Gesagten). So bezeugt Erhard sich selbst eine geistige Kapazität, die derjenigen der unseligen Nazidemagogen durchaus vergleichbar ist. Geben wir doch dem Mann, der ein so mangelhafter Professor der Nationalökonomie ist, den weit zutreffenderen Titel "Professor der Nationaldemagogie". Mit diesem Titel ist es uns genau so viel und genau so wenig ernst wie Herrn Erhard mit seiner "sozialen Marktwirtschaft", von der er in sei- ner Rede in Düsseldorf sagte: "Der Begriff der sozialen Marktwirt- schaftbedeutet keine taktische Umschreibung oder Verbrämung an- derer Absichten(sto!), sondern ist so ernst gemeint, wie es der Name besagt." Was aber besagt der Name? What is in a name?, so lässt schon Shakespeare fragen.

Alle SPD-Kandidaten für Gewerkschaftsprogramm

sp. Das Betriebsgruppensekretariat des Parteivorstandes der SPD hat an alle sozialdemokratischen Kandidaten des Bundestages das Mindest- programm der Gewerkschaften übersandt mit der Bitte um eine verbind- liche Erklärung darüber, ob der betreffende Kandidat bereit sei, sich für diese gewerkschaftlichen Forderungen im künftigen Bundestag einzu- setzen oder nicht. Obwohl noch einige wenige Antworten ausstehen, was lediglich auf technische Gründe zurückzuführen ist, da sich viele Kandidaten wegen Wahlvorbereitungen nicht an ihrem Heimatort befin- den, kann festgestellt werden, dass bisher alle Befragten sich ver- pflichtet haben, für das Gewerkschaftsprogramm im Bundestag einzutret- ten.

Dieses Programm umfasste u.a. die Forderung nach einer Politik der Vollbeschäftigung als "zentrale Aufgabe der staatlichen Wirt- schaftspolitik", da "die Erfahrungen seit der Währungsreform deutlich beweisen, dass auf den Wegen der bisherigen amtlichen Wirtschaftspo- litik dieses Ziel nicht erreicht werden kann". Verlangt wurde weiter, dass "der Wohnungsbau der Willkür und den Zufällen des freien Spiels der Kräfte entzogen werden muss, um jede Verschwendung öffentlicher Mittel zu verhindern", die "Aufstellung eines verbindlichen volkswirt-

schaftlichen Gesamtplanes für das Bundesgebiet", Beseitigung des Missverhältnisses zwischen Löhnen und Preisen, Bildung paritätisch besetzter Wirtschaftskammern, Vertrauensmänner der Gewerkschaften mit Sitz und Stimme in den Aufsichtsräten und schliesslich die soziale, personale und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. Auch das Programm der Überführung der Bergbau-, der eisen- und stahlschaffenden Industrie sowie der Grosschemie in Gemeineigentum wurden als vordringlich bezeichnet.

Gewiss wird es auch in den Reihen der anderen Parteien vereinzelt Kandidaten geben, die ehrlich gewillt sind, im Sinne dieser Gewerkschaftsforderungen zu wirken. Niemand aber wird der SPD bestreiten können, dass sie die weitaus grösste, im Grunde die einzige Gewähr dafür bietet, dass die gewerkschaftlichen Forderungen im kommenden Parlament wirklich durchgesetzt werden können. (b/B.38/1/68/hs)

- - - - -

60 von 385 sind Flüchtlinge

sp. Die Zahl der Flüchtlinge unter den 385 Kandidaten der SPD beträgt insgesamt 60, zu denen noch acht aus der Ostzone aus politischen Vertriebenen kommen.

Diese Zahl gliedert sich nach Ländern folgendermassen:

| | | |
|---------------------------|-----------|-------------|
| Nordrhein-Westfalen | 6 | |
| Niedersachsen | 14 | |
| | plus 5 | politische |
| Schleswig-Holstein | 12 | |
| | plus 1 | politischer |
| Hamburg | - | |
| <u>Britische Zone</u> | <u>32</u> | |
| | plus 6 | politische |
| | ===== | |
| Rheinland - Pfalz | - | |
| Süd-Baden | 1 | |
| Süd-Württemberg | 1 | |
| <u>Französische Zone</u> | <u>2</u> | |
| | ===== | |
| Bremen | 1 | |
| Hessen | 6 | |
| | plus 1 | politischer |
| Württemberg-Baden | 6 | |
| Bayern | 13 | |
| | plus 1 | politischer |
| | <u>26</u> | |
| <u>Amerikanische Zone</u> | <u>26</u> | |
| | plus 2 | politische |
| | ===== | |

Berlin, eine politische Aufgabe

sp. In der Diskussion der Berliner Schwierigkeiten ist in der Öffentlichkeit eine interessante Äusserung der angesehenen Londoner Sonntagszeitung "Observer" vom 31. Juli übersehen worden, die in einem Kommentar zur Finanzlage Berlins schrieb:

"Andererseits erfahren wir - obwohl dies wahrscheinlich dem Berliner Oberbürgermeister noch nicht bekannt ist - dass Staatssekretär Acheson einen sehr deutlichen Brief an Mr. McCloygesandtschaft hat, in dem er ihn daran erinnert, dass die Alliierten in Berlin verbleiben, nicht um das Berliner Budget auszugleichen, sondern um ein wichtiges politisches Ziel zu erreichen. Er fügte bei dieser Gelegenheit ausdrücklich hinzu, dass dieses Ziel nicht aufgegeben worden ist und dass man erwarten müsste, dass es Geld koste".

(b/1/68/hs)

SPD begrüsst Eingreifen des Senats

Fritz Heins vom Parteivorstand der SPD gibt folgende Erklärung ab:

Wir haben mit grosser Befriedigung von dem Eingreifen des amerikanischen Senats zugunsten der Erhaltung der von der Demontage bedrohten deutschen Industrie Kenntnis genommen. Der Vorstand der SPD hofft, dass es den gemeinsamen Anstrengungen des amerikanischen Senats wie der Arbeiterorganisationen in den beteiligten Ländern gelingt, die widersinnige Demontage im letzten Augenblick zum Stillstand zu bringen. Das Eingreifen des Senats macht hoffentlich gewisse ausländische Bestrebungen zunichte, die Demontagefrage von der Tagesordnung abzusetzen und sie auf später zu verschieben. /der nächsten Aussenministerkonferenz

Wir sind überzeugt, dass zu diesem Washingtoner Entschluss die unermüdlichen Anstrengungen der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, insbesondere die seinerzeitige Reise Dr. Schumachers nach Washington, wesentlich beigetragen haben. Dr. Schumacher hat bei seinem Amerika-Aufenthalt in Gesprächen mit amerikanischen Senatoren und Kongressmitgliedern zum ersten Mal den amerikanischen Politikern das Problem der Demontage mit Eindringlichkeit vor Augen geführt. - - - -

Das kurze Gedächtnis der FDP

Bei den letzten Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im Jahre 1946 verteilte die FDP ein Flugblatt mit der Überschrift:

"W a r n u n g v o r d e r C D U"

In diesem Flugblatt hiess es u.a.: "Die CDU weiss, dass ein "Sammelbecken" von klerikalen Machtstrebern, grossbürgerlichem Honoratiorenklüngeln und nationalistisch-reaktionären Traditionssippen der freihheitlichen Überlieferung der Hamburger Bevölkerung zuwider ist."

Diesmal bei den Wahlen zum Bundestag sind diese beiden feindlichen Schwestern ein enges Bündnis eingegangen, über dessen innere Unwahrhaftigkeit die erwähnten Zitate Aufschluss geben, denn in der Zwischenzeit haben sich weder die inneren Voraussetzungen, noch die äusseren Gegebenheiten im Verhältnis zwischen den beiden Partnern irgendwie geändert.

(b/1/58/hs)

Der Beitrag der deutschen Kriegsgefangenen

sp. Mehrere Abgeordnete des britischen Unterhauses fragten dieser Tage den Wirtschaftssekretär des Schatzamtes, ob er über die fortgesetzte Härte gegenüber deutschen ehemaligen Kriegsgefangenen, die jetzt in Grossbritannien als Zivilarbeiter tätig sind, orientiert sei. Diese ehemaligen Kriegsgefangenen dürfen nämlich keinen Vergütungsausgleich beziehen, der ihnen aber für ihre in Kriegsgefangenschaft geleistete Arbeit zusteht. Sie bekommen lediglich in Deutschland eine Auszahlung in D-Mark. Einige von ihnen aber haben jetzt in Deutschland keine Angehörigen mehr und wollen daher nicht repatriiert werden.

Der Wirtschaftssekretär gab zur Antwort: Unter den augenblicklichen Bestimmungen sei der Vergütungsausgleich aller deutschen Kriegsgefangenen eine ausschliesslich deutsche Verantwortlichkeit. Die Vergütung in Sterling-Währung auszuzahlen, würde bedeuten, dass diese Verpflichtung teilweise dem britischen Steuerzahler auferlegt werden müsste. Westdeutschland gehöre nicht in den Geltungsbereich des Pfundes.

Mr. Jay gab zu, dass dies eine Härte für die Betroffenen darstelle, aber eine Lösung sei noch nicht gefunden.

Darauf antwortete Mr. Driberg: "Wenn man die Angelegenheit aber nun einmal vernünftig betrachtet, so ruht auf dem britischen Steuerzahler eine ziemlich geringe Last, da diese Männer doch gut und ausdauernd gearbeitet und dem Lande somit auch die Ernährung sichergestellt haben".

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Mr. Douglas Jay: "Die Regierung ist um eine Lösung bemüht und falls eine Lösung möglich ist, werden wir sie finden".

(b/B.84/58/1/hs)

SPD und CDU in USA-Sicht

sp. In einer Gegenüberstellung der beiden grössten deutschen Parteien beschrieb der Deutschlandkorrespondent der "New York Herald Tribune" am 30.7. die SPD wie folgt:

"Die stärkste politische Gruppe in Deutschland vom Standpunkt der Organisation, innerer Stabilität, Führung und Politik ist, wie allgemein zugestimmt wird, die Sozialdemokratische Partei....." Die Leitung der SPD ist in den Händen von Dr. Kurt Schumacher, der stärksten Persönlichkeit unter einer Anzahl anderer, die zur Parteispitze gehören". Genannt und charakterisiert werden in diesem Zusammenhang Carlo Schmid, Ernst Reuter, Max Brauer u.a.

Der amerikanische Korrespondent würdigt auch die Bedeutung der SPD in der Ostzone. Dazu schreibt er: "Das SPD-Vorstandsbüro ist auch eine der besten Quellen in Deutschland für Material über die Bedingungen in der Ostzone, wo die Partei praktisch die einzige organisierte politische Opposition ist, die den Kommunisten entgegentritt".

Über die CDU berichtete die "New York Herald Tribune":

"In einer bis jetzt enttäuschend leeren politischen Kampagne sieht man auf Seiten der CDU eine Führung von angesehenen, intelligenten und ehrbaren Demokraten, meist aus der Weimarer Zeit, den angeborenen Konservatismus oder selbst den rechten Flügel im deutschen Volke, die katholische Kirche, die offen und kräftig die CDU unterstützt und das Geld der Ruhrindustrialisten. Da sie eine Vereinigung von politischen Gruppen der Rechten und der Mitte unter einer mehr oder weniger geschlossenen Führung ist, kann die CDU sich nicht mit der Organisation der SPD zu messen".

Der amerikanische Berichterstatter hebt aber hervor, dass diese Überlegenheit die SPD-Führer nicht zu Behauptungen veranlasst, sie würden mit einem so grossen Vorsprung über ihre Gegner von der Rechten siegen, dass sie allein eine Regierung bilden könnten.

(b/B.1/68/hs)

"Dauer-Säuberung" in Russland.

sp. Hand in Hand mit den kürzlichen Veränderungen im Politbüro ging eine Säuberung des kommunistischen Parteiapparates. So wurde Kutznetsov, aus dem zentralen Parteisekretariat ausgeschlossen, Juri Sahdanow, der Sohn des verstorbenen Sahdanow, aus der Partei, Popkow aus dem Zentralkomitee und Goliakow aus dem Obersten Gerichtshof. Die "Säuberung" umfasst, wie die Zeitschrift "East Europe" mitteilt, die verschiedenen Ausschüsse und Sekretariate in Moskau und auch in der Provinz. Bisher wurden 300.000 aktive Parteimitglieder von der "Dauersäuberung" betroffen. Die Aktion fällt in das Programm der "Kader"-Politik, d.h. durch eine scharfe Auslese alle Elemente auszuschliessen, bei denen auch nur der Verdacht eines Abweichens von der Parteilinie zu vermuten ist. Die Partei zählte nach der grossen Massensäuberung 1933-1936 rund zwei Millionen Mitglieder und schwoh durch die infolge des Krieges geänderte Taktik binnen kurzem gewaltig an. Heute zählt die kommunistische Partei etwa 5 Millionen Mitglieder. Bezeichnend ist, dass seit über zehn Jahren kein Parteikongress mehr stattgefunden hat.